

## Antrag OV

### Initiativ-Antrag

### EntschlieÙung

Die Delegiertenversammlung der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin, verurteilt mit Nachdruck, dass in Kolumbien paramilitärische Gruppen (unter dem Schutz fast vollständiger Straffreiheit) ihren Terror gegen Aktivisten/innen der Bauernorganisationen, Gewerkschaften, Studentengruppen, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen ausüben. Bedrohung, Vertreibung und Mord sind in Kolumbien an der Tagesordnung!

Attentate gegen Gewerkschafter/innen schüchtern die Mitglieder der Gewerkschaften ein. . In den vergangenen 15 Jahren wurden über 3.800 Gewerkschafter/innen ermordet

Gewerkschaftlich organisierte Betriebe werden geschlossen und deren Produktion wird in andere „gewerkschaftsfreie“ Betriebe verlegt. Durch diese Situation haben die Kolumbianischen Gewerkschaften und ihr Dachverband CUT viele Tausend Mitglieder verloren!

Die Delegiertenversammlung beschließt:

- Die Verwaltungsstelle Berlin wird über die Situation der Gewerkschafter/innen in Kolumbien aufklären und Öffentlichkeit darüber herstellen, wie und durch wen unsere Kollegen/innen in Kolumbien bedroht werden und wer sich für ihren Schutz einsetzt.
- Die Verwaltungsstelle Berlin wird sich, in Abstimmung mit dem Vorstand der IG Metall und dem DGB, für die Übernahme einer Patenschaft für Kolumbianische Gewerkschafter/innen einsetzen.
- Im Sinne der vom 20. ordentlichen Gewerkschaftstag beschlossenen Anträge setzt sich die Verwaltungsstelle Berlin dafür ein, dass die IG Metall und der DGB ihr internationales Ansehen nutzen, um am Terror beteiligten Unternehmen und staatlichen Stellen in Kolumbien deutlich zu machen, dass

Menschenrechtsverletzungen und der Terror gegen Gewerkschafter/innen nicht hingenommen werden!

- Die Verwaltungsstelle Berlin, insbesondere ihr „Arbeitskreis Internationalismus“, arbeitet mit anderen zusammen, um Kolumbianischen Gewerkschafter/innen zu helfen. So z. B. mit der „Kolumbienkampagne Berlin“ und dem europäischen Solidaritätsnetzwerk „Red Europa de Hermandad y Solidaridad von Colombia“.

Angenommen im März 2003